

Rußland, der Krieg in Tschetschenien und das 'nahe Ausland'

Alexandrova, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Alexandrova, O. (1995). *Rußland, der Krieg in Tschetschenien und das 'nahe Ausland'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 24/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45474>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußland, der Krieg in Tschetschenien und das "nahe Ausland"

Zusammenfassung

Es gibt einen Aspekt des Kriegs in Tschetschenien, der bisher weniger beachtet wurde, der jedoch von großer Bedeutung ist, und zwar: Welche Folgen kann der Tschetschenien-Krieg für die russische Politik gegenüber seinem "nahen Ausland" und für die neuen unabhängigen Staaten selbst haben? Das russische Vorgehen in Tschetschenien hat auf direkter oder indirekter Weise die Komplexität der Probleme, mit denen sich die neuen unabhängigen Staaten in ihren Beziehungen zu Rußland konfrontiert sehen, in helles Licht gesetzt. Unterschiedliche Reaktionen auf den Krieg in Tschetschenien in verschiedenen neuen unabhängigen Staaten einerseits und Irritationen Moskaus wegen mancher Reaktionen andererseits zeigen sehr deutlich, zu welchen ehemaligen Sowjetrepubliken die Beziehungen Moskaus am problematischsten sind. Der Krieg scheint auf den ersten Blick die Integrationsprozesse in der GUS paradoxerweise beschleunigt zu haben. Bei näherer Betrachtung jedoch wird das Bild differenzierter.

Der Krieg in Tschetschenien wird nicht nur für die russische Innen- oder Außenpolitik weitreichende Folgen haben. Von großer Bedeutung aus russischer Perspektive wie aus Sicht der betroffenen Staaten ist, welche Folgen der Tschetschenien-Krieg für die russische Politik gegenüber seinem "nahen Ausland" - der GUS und dem Baltikum - und für die neuen unabhängigen Staaten selbst haben kann. Der Krieg in Tschetschenien diente der Regierung Jelzin nicht nur dazu, den ethnischen Minderheiten und nationalen Gebietseinheiten in Rußland selbst, sondern auch dem "nahen Ausland" zu demonstrieren, daß sie nicht zögern wird, im Falle des "Ungehorsams" Gewalt anzuwenden. Er hat gezeigt, daß die Beziehungen im post-sowjetischen Raum nicht die Angelegenheit der russischen Diplomatie sind, sondern der Machtstrukturen und nach wie vor ein Gegenstand der Innenpolitik bleiben. Deswegen befürchteten viele im "nahen Ausland", daß der russisch-tschetschenische Krieg zur Verstärkung imperialer Gebärden Rußlands führen könnte. Die offizielle Reaktion der Führungen der GUS-Staaten auf den russischen Einmarsch in Tschetschenien und auf die Brutalität der Kriegsführung war äußerst verhalten. Dafür gab es mehrere

Gründe. Unterschiedliche Reaktionen auf den Krieg in Tschetschenien und Irritationen Moskaus über solche Reaktionen im "nahen Ausland" zeigen sehr deutlich, zu welchen ehemaligen Sowjetrepubliken die Beziehungen Moskaus am problematischsten sind. Das sind in erster Linie die drei baltischen Staaten, Aserbajdschan und die Ukraine.

Die baltischen Staaten

Die baltischen Staaten haben von Anfang an eine viel selbständigere und deutlichere Position in der Tschechenien-Frage bezogen als die GUS-Mitgliedstaaten. Besonders Estland fühlt sich seit seinem Kampf für die Unabhängigkeit Dudajew verbunden, da der damals noch sowjetische General Dudajew sich im Januar 1991 geweigert hatte, seine Truppen gegen die estnische nationale Bewegung zu schicken. Estland war der einzige Staat weltweit, der nach dem Beginn der russischen Militäraktion in Tschetschenien offiziell protestiert hat.¹ Am 2. Februar 1995 hat auch der lettische Präsident Guntis Ulmanis den offiziellen Protest gegen das Vorgehen in Tschetschenien dem russischen Botschafter überreicht.² Jedoch, wie Ministerpräsident Andres Tarand erklärte, kann Estland Tschetschenien aus pragmatischen und rechtlichen Gründen völkerrechtlich nicht anerkennen.³ Die Anerkennung Tschetscheniens hätte die Verletzung des estnisch-russischen Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen (1991) bedeutet, da Estland mit diesem Vertrag die territoriale Integrität Rußlands anerkannt hatte.

Eine neue Spirale der Spannung zwischen Estland und Rußland folgte der Erörterung einer Deklaration "Über die Realisierung der Rechte des tschetschenischen Volkes auf Selbstbestimmung" im estnischen Parlament im Februar 1995. Die Abgeordneten forderten die Regierung Estlands auf, Tschetschenien bei erster Gelegenheit anzuerkennen. Die Reaktion Moskaus darauf war ungewöhnlich scharf. Das russische Außenministerium protestierte zweimal offiziell und bewertete die Deklaration als offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Russischen Föderation, als einen Versuch, Grundlagen der rußländischen Staatlichkeit zu unterminieren, und als "ein neues Zeugnis der Hilfe für das Dudajew-Regime seitens der estnischen Führung".⁴ Moskau drohte, daß die Provokation äußerst negative Folgen für die russisch-estnischen Beziehungen haben würde.⁵ Die Staatsduma schloß sich dem Protest an.

Bereits nach den ersten Tagen der Militäraktion, als ein "Blitzkrieg" in Tschetschenien den russischen Militärs mißlungen war, hat Rußland eine propagandistische Kampagne über die Verwicklung baltischer Staaten in Tschetschenien gestartet. Da sollen angeblich aus dem Baltikum stammende Söldner in der Dudajew-Armee Dienst leisten. Estland⁶ und Lettland⁷ wurden beschuldigt, tschetschenische Kämpfer ausgebildet zu haben. Führende estnische Politiker sollen, an den Waffenlieferungen für Dudajew beteiligt gewesen sein.⁸ Keiner von diesen Berichten wurde offiziell bestätigt.

Der Transkaukasus

Der Transkaukasus stellt eine Region außerhalb der Russischen Föderation dar, die durch den Krieg in Tschetschenien aus mehreren Gründen am stärksten getroffen wurde. Dazu gehören die geographische Nähe oder sogar gemeinsame Grenzen, die ethnische und konfessionelle Verwandtschaft mancher Völker mit den Tschetschenen, eigene Sezessionskonflikte. Die Tschetschenien-Krise offenbarte aufs neue die unterschiedliche Lage der drei transkaukasischen Staaten gegenüber Rußland: vor allem die volle Abhängigkeit des georgischen Präsidenten Schewardnadse und die merkliche Abkühlung des aserbajdschanisch-russischen Verhältnisses.

Die Bevölkerung Aserbajdschans ist aus vielfachen Motiven mit den Tschetschenen solidarisch. Die Führung des Landes muß sich jedoch gegenüber Rußland vorsichtig verhalten. Sie wollte lange Zeit überhaupt keine Stellung zu den Ereignissen in Tschetschenien nehmen. Ende Dezember 1994 erklärte der

¹ Galina Sapožnikova, U Dudaeva krepij stonskij tyl, in: Komsomol'skaja pravda, 16.12.1994.

² Maksim Jusin, Prezident Latvii ne ustojal pered soblaznom sdelat' vygovor Kremlju, in: Izvestija, 4.02.1995.

³ Interfax, 17.01.1995.

⁴ Segodnja, 11.02.1995; Vladimir Abarinov, MID RF obvinil stonskich zakonodatelej v "podryve osnov rossijskoj gosudarstvennosti", in: Segodnja, 15.02.1995.

⁵ Rossijskaja gazeta, 15.02.1995.

⁶ Sergej Ovsienko, Pribaltijskij sled dudaevskogo oruzija, in: Rossijskie vesti, 18.01.1995.

⁷ Sergej Knjaz'kov, Pribaltijskij sled eeëenskoj tragedii, in: Krasnaja zvezda, 23.12.1994.

⁸ Sergej Ovsienko, a.a.O..

Sprecher des aserbajdschanischen Parlaments, daß sein Land die Tschetschenien-Krise als die innere Angelegenheit Rußlands und Tschetschenien als ein Teil des russischen Territoriums betrachte.⁹ Rußland warf Aserbajdschan vor, Soldaten und Technik von der Karabach-Front nach Tschetschenien verlegt zu haben. Trotz Dementis schloß die russische Regierung am 19. Dezember 1994 die Grenze zwischen Rußland und Aserbajdschan, was für Aserbajdschan einer wirtschaftlichen Blockade gleichkam: 80% der Versorgung des Landes und der Ausfuhr geht über die Grenze durch das russische Territorium. In Aserbajdschan waren sich die Politiker einig, daß angebliche Söldner nur der Vorwand waren, um das Land für das mit westlichen Firmen unterzeichnete Abkommen über die Erdölförderung im Kaspischen Meer zu bestrafen.¹⁰ Aserbajdschan drohte, seine GUS-Mitgliedschaft zu kündigen, falls die Grenzen nicht wieder geöffnet werden.¹¹

Der Präsident Georgiens, Schewardnadse, hat Rußland von Anfang an voll unterstützt. Politisch wie persönlich ist General Dudajew ein Feind Schewardnadses: Er unterstützte aktiv die abchasischen Separatisten und war mit dem durch Schewardnadse gestürzten georgischen Präsidenten Gamsachurdia eng befreundet. Die tschetschenischen Verbände, die in Abchasien kämpften, sollen gegenüber der georgischen Bevölkerung besonders grausam gewesen sein. Nach Ansicht Schewardnadses nimmt die Tragödie in Tschetschenien ihren Anfang in Abchasien.¹² Unter Anspielung auf den eigenen Konflikt mit Abchasien erklärte Schewardnadse, daß die Erhaltung der territorialen Integrität für jeden Staat von existentieller Bedeutung sei. Er ging in seiner Unterstützung so weit, daß er sogar Verständnis für die Schließung der russisch-georgischen Grenze durch Rußland äußerte.¹³ Am 27. Dezember 1994 wurde die russisch-georgische Grenze teilweise wieder geöffnet, nicht jedoch die Grenze mit Aserbajdschan.¹⁴

Zentralasien

Es gibt kaum Stellungnahmen zum Krieg in Tschetschenien aus Zentralasien. Die Führungen der zentralasiatischen Staaten erklärten das Tschetschenien-Problem zur inneren Angelegenheit Rußlands und zogen es vor, sich nicht einzumischen. Lediglich Präsident Kasachstans Nursultan Nasarbaev äußerte sich - wenn auch sehr zurückhaltend - zur Tschetschenien-Krise. Kasachstan befand sich in einer komplizierten Lage. Einerseits mußte es Rücksicht auf Empfindlichkeiten Moskaus und der eigenen russischen Bevölkerung nehmen, unter der secessionistische Bestrebungen jeder Zeit aufflammen könnten, andererseits gehört Kasachstan auch zur islamischen Welt und hat darüber hinaus eine tschetschenische Diaspora.¹⁵ Präsident Nasarbaev äußerte sehr vorsichtig seine Besorgtheit wegen des blutigen Verlaufs der militärischen Aktion und rief zur Suche nach einer friedlichen Konfliktlösung auf.¹⁶ Er bot seine Dienste als Vermittler im Konflikt an. Sein Angebot wurde aber von der russischen Seite abgelehnt.¹⁷ Es gab allerdings Proteste von seiten der Öffentlichkeit des Landes. Vertreter mehrerer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, darunter der Sozialistischen, Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei Kasachstans, sowie der populäre Schriftsteller und Politiker Olshas Sulejmenov, unterschrieben einen Appell an die Parlamente, an die UNO und die OSZE mit der Aufforderung an Rußland, die Truppen aus Tschetschenien abzuziehen.¹⁸

Die Ukraine

Die Ukraine verfolgte den Konflikt in Tschetschenien von Anbeginn mit großer Besorgnis. Die Führung des Landes befürchtete, daß die angespannte Situation auf die mit der Ukraine grenzenden Regionen übergreifen könnte. Das Außenministerium rief vor dem Einmarsch der russischen Truppen in Tschetsche-

⁹ Ebda.

¹⁰ Der russische Außenminister Kosyrew soll im Oktober 1994, nach der Unterzeichnung des Erdöl-Abkommens, ein Dokument Ministerpräsident Tschernomyrdin zukommen lassen haben, in dem er politische, wirtschaftliche, Handels- und Finanzsanktionen gegen Aserbajdschan vorschlug. Vgl. Anton Blagovestov, Rossijskij MID predlagal Ėernomyrdinu vvesti sankcii protiv Baku, in: Segodnja, 21.10.1994; Sanobar Šermatova, Prikaspijskaja vojna Rossii, in: Moskovskie novosti, Nr. 48, 16-23.10.1994, S. 10.

¹¹ Segodnja, 30.12.1994.

¹² Vgl. das Interview Schewardnadses mit der Zeitung "Izvestija", 2.02.1995.

¹³ Jurij Golotjuk, Sobytija v ĖeĖne mogut reanimirovat' gruzino-abchazskij konflikt, in: Segodnja, 23.12.1994.

¹⁴ Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii ot 27 dekabnja 1994 g. N^o 1419 g. Moskva, in: Rossijskaja gazeta, 28.12.1994.

¹⁵ Nach der Volkszählung von 1989 lebten in Kasachstan 49.500 Tschetschenen. Vgl. Gosudarstvennyj komitet SSSR po statistike, Nacional'nyj sostav naselenija SSSR. Po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g., Moskau 1991, S. 102.

¹⁶ Vgl. das Interview Nasarbaevs mit der Wochenzeitung "Moskovskie novosti", Nr. 3, 15-22.01.1995, S. 10.

¹⁷ PAP, 23.01.1995, zit. nach: O□rodek Studiów Wschodnich, Wiadomo□ci, Nr. 017, 24.01.1995, S. 2-3.

¹⁸ Sergej Kozlov, ĖeĖenskij krizis glazami kazachstanskoj diasporj, in: Nezavisimaja gazeta, 11.01.1995.

nien zur politischen Lösung des Konflikts auf.¹⁹ Nach dem Einmarsch erklärte jedoch die Regierung den Konflikt zur internen Angelegenheit Rußlands.²⁰ Das Außenministerium der Ukraine appellierte an ukrainische Staatsbürger, sich von den Reisen nach Tschetschenien und von der Teilnahme an den militärischen Aktionen zurückzuhalten.²¹ Die Abhängigkeit des Landes von den Energielieferungen aus Rußland, seine Verschuldung gegenüber Rußland und nicht zuletzt die russische militärische Präsenz auf der Krim zwang die ukrainische Führung zur Zurückhaltung. Außerdem wurden vor dem Hintergrund des Kriegs in Tschetschenien die Verhandlungen über den russisch-ukrainischen Vertrag über Zusammenarbeit, Freundschaft und gute Nachbarschaft weitergeführt.

In keinem anderen GUS-Mitgliedstaat gab es so zahlreiche Proteste gegen den Krieg wie in der Ukraine. Am 20. Dezember 1994 wandte sich die Oberste Rada, das Parlament der Ukraine, an die russische Staatsduma und den Föderationsrat mit dem Appell, das Blutvergießen in Tschetschenien zu stoppen.²² 104 ukrainische Abgeordnete unterschrieben eine Botschaft an UN-Generalsekretär Butros Ghali, in dem sie ihn ersuchten, UN-Beobachter nach Tschetschenien zu schicken und eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates anzuberaumen.²³ In der ersten Reaktion bezogen sogar die sonst pro-russisch orientierten Kommunistische und Sozialistische Partei der Ukraine eine sehr kritische Position. Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für internationale Angelegenheiten und für die Beziehungen zur GUS, Boris Olejnik, nannte den Einmarsch eine Aggression.²⁴

Ende Dezember 1994, nachdem die russische Regierung die Ukraine beschuldigte, daß ukrainische Staatsbürger ("ukrainische Ultrationalisten") als Söldner an der Seite Dudajews kämpften, begann eine diplomatische Auseinandersetzung zwischen Kiew und Moskau. Der ukrainische Außenminister Udowenko warf Rußland vor, daß die russische Seite bewußt den offiziellen Standpunkt der ukrainischen Regierung verschweige und eine anti-ukrainische öffentliche Meinung mit der Terminologie aus dem Arsenal des Stalinismus formiere. Er warnte Rußland davor, die ukrainische Karte im Tschetschenien-Konflikt auszuspielen.²⁵ Allerdings untersagt die ukrainische Gesetzgebung ausdrücklich die Teilnahme an Kampfhandlungen auf den Territorien anderer Staaten.

Moskau versuchte, die Söldner-Frage sehr stark gegen die baltischen Staaten, die Ukraine und Aserbajdschan auszuwerten. Dabei scheint es vollkommen außer Acht gelassen zu haben, daß russische Söldner nachweislich in Transnistrien und Abchasien an der Seite der Separatisten sowie in Berg-Karabach an beiden Seiten gekämpft hatten. Nach dem Bekenntnis eines hochgestellten russischen Diplomaten wurde das Thema der Söldner sehr sorgfältig von russischen Geheimdiensten ausgearbeitet. Trotz immenser Bemühungen war es jedoch nicht gelungen, die Anwesenheit ausländischer Söldner in Tschetschenien überzeugend nachzuweisen.²⁶ Es gab dagegen Berichte, daß Werber aus dem russischen Verteidigungs- und Innenministerium Söldner für die russische Truppen in der Ukraine²⁷ und Belarus²⁸ anheuert. Daß ukrainische Staatsbürger auf legaler Basis als Berufssoldaten in der russischen Armee in Tschetschenien kämpften, wurde auf eine traurige Weise bestätigt: Die Leichen gefallener Soldaten wurden in die Ukraine zurückgebracht. Zusätzlichen Konfliktstoff lieferte die Absicht Rußlands, die Marineinfanterie von der Krim nach Tschetschenien zu versetzen, was die Einbeziehung der Ukraine in den Konflikt bedeutet hätte (die Schwarzmeerflotte ist formell beiden, dem russischen und dem ukrainischen, Präsidenten unterstellt). Präsident Kutschma erhob den Einwand mit der Begründung, Tschetschenien sei eine innere Angelegenheit Rußlands, nicht der Ukraine.²⁹

Für manche ukrainische Politiker war der russische Krieg in Tschetschenien erneut ein Anlaß, die Beziehungen zum mächtigen Nachbar zu überprüfen. Es wird unterstrichen, daß sich die Sicherheitslage der Ukraine im Zusammenhang mit den Ereignissen in Tschetschenien nicht wesentlich geändert habe. Jedoch

¹⁹ Kievskie vedomosti, 8.12.1994.

²⁰ Fax-Postup, Nr. 35, 15.12.1994.

²¹ Офіс Студій Вschodnich, Biuletyn Ukraiński, Nr. 12, Dezember 1994, S. 4.

²² Zvernennja Verchovnoj Rady Ukrainy do Deržavnoj Dumy i Rady Federacii Rosii z pryvodu tragiènych podij u Èèèèns'kij Respublici, in: Holos Ukrainy, 21.12.1994.

²³ Segodnja, 6.01.1995.

²⁴ Kievskie vedomosti, 17.12.1994.

²⁵ Kievskie vedomosti, 31.12.1994; John Thornhill, Liberals in the cold as Russia hardens line, in: Financial Times, 3.01.1994.

²⁶ Vladimir Abarinov, Èèèènja na Smolenskoj plošèadi, in: Segodnja, 10.2.1995.

²⁷ Kievskie vedomosti, 24.01.1995.

²⁸ Aleksandr Starikeviè, Èèèènskaja kanonada dokatilas' do Belorussii, in: Izvestija, 19.01.1995; PAP, 28.01.1995.

²⁹ Präsident Kutschma in einem Interview mit dem Wochenmagazin "Focus", Nr.1, 2.01.1995, S. 150.

seien die Probleme, mit denen sich die Ukraine konfrontiert sehe oder sehen könne, noch deutlicher geworden. Die Ukraine dürfe sich nicht nur an Rußland anbinden. Die westlichen und östlichen Ausrichtungen der ukrainischen Politik dürften sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern müßten sich ergänzen.³⁰ Als Ansätze der neuen Politik wurden vorgeschlagen: der Austritt aus der GUS als einer Organisation, die ihr Potential erschöpft habe, sowie ein neuer Versuch, die Schwarzmeer-Baltische wirtschaftliche Allianz auf der Basis der Gleichberechtigung aller Partner zu gründen.³¹

Die GUS

Mit seinem Verhalten in der Tschetschenien-Frage gegenüber den GUS-Partnern widerspricht Rußland seiner eigenen proklamierten Politik der gemeinsamen Konfliktlösung in der GUS. Einerseits erwartet Rußland Loyalität von seinen Partnern im Tschetschenien-Konflikt. Andererseits besteht Moskau nach wie vor auf seinem Recht, als der ausschließliche Garant des Friedens im post-sowjetischen Raum zu gelten. Aber dieses Recht könnte vor dem Hintergrund des Krieges in Tschetschenien noch mehr als früher in Frage gestellt werden. Als der Krieg in Tschetschenien eskalierte, schlugen einige GUS-Mitgliedsstaaten vor, eine friedensschaffende Mission der GUS nach Tschetschenien zu senden. Rußland hat diesen Vorschlag kategorisch abgelehnt, was im kraßen Gegensatz zu den Forderungen Rußlands hinsichtlich der Konflikte in anderen GUS-Staaten steht. Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin erklärte auf dem GUS-Gipfeltreffen im Februar 1995 in Almaty, Tschetschenien sei ein russisches internes Problem und Rußland müsse es selbst lösen.³² Er fügte hinzu, daß die russische Politik in Tschetschenien die Unterstützung aller Partner Rußlands genieße, obwohl keiner der anderen Gipfeltreffen-Teilnehmer eine entsprechende Erklärung abgegeben hatte.³³

Betrachtet man die diplomatische Aktivität, welche Rußland im Januar-Februar 1995 gegenüber seinen aus russischer Sicht wichtigsten GUS-Partnern - Belarus, Kasachstan, der Ukraine - entwickelt hat, entsteht der Eindruck, daß der Krieg in Tschetschenien entgegen allen Erwartungen dem Integrationsprozeß innerhalb der GUS neuen Antrieb gegeben hat. Es wurden umfangreiche Kooperationsabkommen mit Kasachstan und ein Vertrag über Zusammenarbeit, Freundschaft und gute Nachbarschaft mit Belarus unterzeichnet sowie ein ähnlicher, längst fälliger Vertrag mit der Ukraine paraphiert. Die russische Führung hat sich offenbar entschlossen, die GUS-Kerngruppe enger an sich anzubinden, um vor dem Hintergrund des Kriegs in Tschetschenien einerseits dringend benötigte diplomatische Erfolge verbuchen zu können und andererseits negative Auswirkungen des Krieges auf die GUS abzuwenden. Bei näherer Betrachtung wird allerdings deutlich, daß die russische Position auf dem GUS-Gipfeltreffen am 9.-10. Februar 1995 in Almaty geschwächt war, daß dort keine Entscheidungen im militärpolitischen Bereich, die für Rußland wichtig waren, getroffen wurden und daß Rußland vor allem der Ukraine wichtige Konzessionen machen - mußte zum ersten Mal in der Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen.

Schlußfolgerung

Was hat sich im Verhältnis Rußlands zu seinem "nahen Ausland" mit dem Krieg in Tschetschenien geändert? Die Beziehungen zu den baltischen Staaten, die bereits früher angespannt waren, haben sich weiter verschlechtert. Außerdem hat Rußland mit der Verletzung der Menschenrechte in Tschetschenien einen wirksamen Hebel seiner Politik im Baltikum verloren und zwar: Appelle, die Menschenrechte der "russischsprachigen Bevölkerung" in den baltischen Staaten zu gewährleisten. Innerhalb der GUS trat die Tendenz zur Herausbildung dreier Gruppen von Staaten, die ihre Beziehungen zur GUS und zu Rußland unterschiedlich gestalten, noch deutlicher hervor. Die erste Gruppe bilden die Staaten, die bereit sind, sich stark an Rußland anzulehnen: Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan. Zur zweiten Gruppe gehören die Staaten, die versuchen, eine gewisse Distanz zu bewahren: Aserbajdschan, Moldova, Turkmenistan, Ukraine. Kirgisstan und Usbekistan beziehen als die dritte Gruppe eine Zwischenstellung, wobei sich Kirgisstan wahrscheinlich der ersten und Usbekistan der zweiten Gruppe anschließen werden.

³⁰ Nacional'naja bezopasnost' Ukrainy: do i posle Èeèni, in: Kievskie vedomosti, 27.01.1995.

³¹ Oleg Soskin, Rol' imperii v razvitii èeloveèeskoj civilizacii: stanet li Ukraina v tretij raz èast'ju Moskovskogo carstva, in: Kievskie vedomosti, 23.12.1994. Oleg Soskin ist stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Kiew und Vorsitzender der Liberalen Partei der Ukraine.

³² Steven Erlanger, CIS Summit Fails to Agree On Security And Trade, in: IHT, 11.-12.02.1995.

³³ Vitalij Portnikov, Zaèem rukovoditeli stran SNG priezžali v Alma-Atu?, in: Nezavisimaja gazeta, 11.02.1995.

Was die russische Position anbetrifft, so hat Rußland sein wirtschaftliches Übergewicht und seine Überlegenheit gegenüber den anderen GUS-Mitgliedsstaaten natürlich bewahrt. Politisch jedoch wirkt Rußland etwas angeschlagen. Rußland konnte sich eben in vielen Fragen nicht durchsetzen. Die Frage bleibt offen, ob Rußland in Zukunft imstande sein wird, seine Interessen in der GUS und im "nahen Ausland" im allgemeinen mit rein politischen Mitteln durchzusetzen, oder es sich gezwungen sehen wird, zu den anderen Mitteln zu greifen. Die Schwelle des Zulässigen wurde in Tschetschenien bereits überschritten.

Olga Alexandrova

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071